währte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prinz, Castrop.

Castroper Anzeiger

ausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, gibt der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop

Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 80 — Mittwoch, den 5. April — 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Der Reichskanzler wird Mittwoch abend Berlin verlassen und sich nach kurzem Aufenthalt in Frankfurt-Main, wo er die Messe zu besuchen gedenkt, und in Freiburg, nach Genua begeben. Am Samstag wird die deutsche Delegation unter Führung des Außenministers Rathenau nach Genua reisen.

*

Als Vertreter des durch Krankheit verhinderten Reichsarbeitsministers Dr. Braun wird Geheimrat Weigert vom Reichsarbeitsministerium nach Genua gehen.

*

Der auf Betreiben der badischen Staatsanwaltschaft in Sachen des Erzbergermordes verhaftete Dr. August Müller der sich seit dem 20. Februar in einem Münchener Untersuchungsgefängnis befand, wurde am Montag auf freien Fuß gesetzt.

*

Die Verhandlungen gegen die Führer des Eisenbahnerstreiks werden Anfang Mai vor der Potsdamer Disziplinarkammer beginnen.

*

Im Auswärtigen Amt haben Verhandlungen mit Vertretern des Memelgebietes über den Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens begonnen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

*

Der Weseler Generalanzeiger wurde im besetzten Gebiet auf acht Tage verboten.

*

Die polnische Regierung lud den Senat der Freien Stadt Danzig ein, an den Verhandlungen zwischen Polen, Räterußland und der Schweiz über den Abschluß von Handelsverträgen teilzunehmen und ihre Wünsche für die Konferenz von Genua vorzulegen.

*

Die polnische Delegation in Genf hat ihren Entschluß, Genf zu verlassen, unter der Bedingung fallen lassen, daß der Schiedsspruch Calonders bis zum 10. April erfolgt.

*

Auf der in Warschau abgehaltenen Handelskonferenz zwischen Polen und dem Memelgebiet wurde eine Einigung erzielt.

*

Die im Rigaischen Meerbusen eingeschlossen gewesenen vier deutschen Dampfer sind nunmehr sämtlich befreit und nach ihren Bestimmungshäfen unterwegs.

*

Die alliierten Sachverständigen einigten sich in London auf den französischen Vorschlag der Einsetzung einer finanziellen Kontrollkommission in Rußland.

*

Die Reparationskommission hat die verschiedenen Abkommen über die Sachleistungen mit gewissen Vorbehalten angenommen. Das Abkommen Bemelmann wurde mehrfachen Aenderungen unterzogen.

*

Vor der Konferenz von Genua wird der Bundeskanzler Schober eine Unterredung mit dem italienischen Minister des Aeußern Schanzer haben.

*

Zwischen den einzelnen österreichischen Fraktionen ist es in der Frage der Wohnungssteuer zu einem Kompromiß gekommen, so daß die angeregten Demonstrationen der bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratische Mehrheit und die Gegendemonstrationen unterbleiben werden.

*

Die italienische Kammer vertagte sich mit Rücksicht auf die Konferenz in Genua auf den 4. Mai.

*

Wie die „Tribuna" meldet, werden auf der Konferenz von Genua vier Sachverständigenkommissionen vertreten sein und zwar eine für die Regelung der Beziehungen zu Rußland, eine für finanzielle Fragen, eine für Handel und eine für Verkehrsfragen.

*

Eine katastrophale Ueberschwemmung in Südserbien, die die Stadt Mitrowitza und viele Gegenden im ehemaligen Sandschak Novibazar unter Wasser setzte, hat einen Schaden von über 20 Millionen Dinar angerichtet.

Dollarkurs am 4. April: 334,00

Letzte Drahtmeldungen.

Die Osterferien des Reichstages.

Berlin, 4. April. Der Aeltestenrat des Reichstages hat heute die Osterferien des Reichstags in der Weise festgesetzt, daß Freitag, den 7. April die letzte Plenarsitzung stattfindet und daß die Sitzungen am 2. Mai wieder beginnen. In dieser Woche soll neben dem auf der Tagesordnung stehenden Mantelgesetz zu den Steuervorlagen noch erledigt werden: Die Etats des Aeußern, der Reichseisenbahn, der Reichspostverwaltung, sowie einige kleinere Vorlagen, darunter das Gesetz über die Zulassung der Frauen zu dem Schöffen- und Geschworenenamt.

Kein Zusammengehen Deutschlands und Rußlands in Genua.

Berlin, 4. April. Der lettische Ministerpräsident Majerowicz und der Außenminister Malnik trafen heute in Berlin ein, um übermorgen nach Genua weiter zu reisen. Die estnische Delegation wird am 6. April in Berlin erwartet. Die Mitteilung von Verhandlungen über ein Zusammengehen Deutschlands und Sowjetrußlands in Genua trifft nicht zu.

Günstige Aufnahme der Rede Lloyd Georges in Nordfrankreich.

Paris, 4. April. Die gestrige Rede Lloyd Georges findet in der gesamten französischen Presse eine günstige Aufnahme. Die Blätter heben mit Befriedigung hervor, daß Lloyd George sich vom Geiste der Mäßigung leiten ließ und Frankreich gegenüber sympathische Worte fand. Pertinax schreibt im „Echo de Paris", daß nunmehr keine Zweifel bestehen, die Bürgschaften, die Frankreich verlangt habe, seien durch die gestrige Rede Lloyd Georges im großen und ganzen bewilligt worden.

Ein polnischer Konsul für Essen.

Warschau, 4. April. Der bisherige Direktor der Verwaltungsabteilung im Außenministerium ist zum Konsul der Republik Polen in Essen ernannt worden.

Das russische Botschaftsgebäude.

Berlin, 4. April. In der Angelegenheit des russischen Botschaftsgebäudes in Berlin wird noch bekannt, daß dieses seiner Zeit von der während des Krieges dafür verantwortlichen Schutzmacht Spanien an Joffe übergeben wurde und daß dieser es bei seiner Abreise von Berlin zu treuen Händen an die Berliner Regierung übergeben, die es jetzt wieder der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt hat. Im Grundbuch ist die Familie Romanow als Besitzerin eingetragen.

Eine Krise in der Reichsgewerkschaft?

Berlin, 4. April. Heute morgen hat hier die außerordentliche Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter begonnen. Die Tagung ist von etwa 300 Vertretern aus dem ganzen Reich beschickt, die von dem jetzigen Vorstand Rechenschaft über die Politik der Gewerkschaft, die besonders anläßlich des letzten Eisenbahnerstreiks den größten Widerspruch bei einem großen Teil der Angehörigen gefunden hat, fordert. Vor Beginn der Sitzung wurde der Beschluß der Fachgewerkschaft technischer Eisenbahnbeamter besprochen, die in der vorgestrigen Sitzung die Absetzung des Führers Menne forderte und ihr Verbleiben in der Reichsgewerkschaft von dieser Forderung abhängig macht. Ungeheuerliches Erstaunen löste in der Versammlung die Mitteilung des Verhandlungsleiters gleich zu Beginn aus, daß Menne plötzlich erkrankt sei. Bevor in die eigentliche Beratung eingetreten wird, soll sich eine Kommission persönlich in der Wohnung Mennes über seinen tatsächlichen Gesundheitszustand informieren. Die Tagesordnung enthält neben einem großen Referat des ersten Vorsitzenden über die Ursachen, Wirkungen und Folgen die Verhandlungen mit dem Reichskanzler über den Stand der Disziplinarverfahren.

Lärm und Tätlichkeiten im Landtag

Berlin, 4. April. Im preußischen Landtag wurde heute die Aussprache über

die Lichterfelder Primaner

fortgesetzt. Nach belanglosen Erklärungen des Kommunisten Charpentier sprach der Abg. Cohn über die „verkehrten Bildungsziele" der früheren Kadettenanstalten und rief damit sofort eine sehr erregte Stimmung hervor, besonders bei der Rechten. Cohn äußerte schließlich: Was die Früchte dieser Erziehung sind, sieht man am besten an den hervorragendsten Schülern Hindenburg und Ludendorff. Ihre Schriften zeichnen sich aus durch Mangel an Horizont und durch Feigheit. Nach diesen Worten brach ein ungeheurer Sturm los. Zahlreiche Abgeordnete der Rechten riefen: „Jüdische Frechheit!" Darüber regte sich wieder der Unabhängige Meyer so auf, daß er im raschen Lauf in die Reihen der Rechten eindrang und einen Hauptrufer zu ohrfeigei versuchte.

Auch die Kommunisten gehen zum Angriff vor. Der Abg. Kleinspahn (Unabh.) will Meyer an Tätlichkeiten verhindern. Der Abg. Meyer (Komm.) will den Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) mit beiden Händen am Rock festhalten, um ihn von Tätlichkeiten abzuhalten. Schulz aber riß sich los und packte ein paar Aktenstücke vom Tisch des Präsidenten und wirft sie unter Schimpfworten den Abgeordneten der Rechten an den Kopf. Als die Ruhe wieder einigermaßen hergestellt ist, wollte der Abg. Cohn Zitate aus einer Schrift über die Lichterfelder Kadettenanstalt verlesen. Als der Präsident Leinert einen Einwand machte gegen die Verlesung, drangen die Kommunisten geschlossen auf den Präsidenten ein und riefen unausgesetzt „Schutzmann!" Als Präsident Leinert sich verteidigte, rief ihm der Abg. Katz (Komm.) zu: Achten Sie lieber auf die fortgesetzten antisemitischen Zwischenrufe.

Minutenlang hält der Lärm an. Schließlich gelingt es doch dem Präsidenten Leinert, des Sturmes Herr zu werden und die Abgeordneten zu veranlassen, die Plätze wieder einzunehmen Darauf erst kann Dr. Cohn seine unterbrochene Rede fortsetzen. Er fährt in seiner Polemik fort, sodaß das Haus überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommt. Cohn schließt: „Jawohl, in den Schriften Ludendorffs zeigt sich der Mangel an Bekennermut. Die von ihm ausgearbeiteten Pläne schiebt er dem Reichskanzler, dem Reichstag und anderen in die Schuhe. Der Geist von Lichterfelde wird auch in den Universitäten gelehrt."

Abg. Otto (Dem.): Wir stimmen den Darlegungen des Ministers in allen Punkten zu. Die Deutschnationalen sollten nicht immer das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles" als Parteilied für sich in Anspruch nehmen. (Sehr richtig bei den Demokraten.) Wir billigen die strenge Strafe des Ministers. Aus Mitleid für die Eltern ist von der strengsten Strafe Abstand genommen worden.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Das Haus unterhält sich dann über die Sturmschäden in Ostpreußen und nahm einen Antrag der deutschen Volkspartei an, der die schleunige Bereitstellung staatlicher Mittel zur Abhilfe des Notstandes der betroffenen Gebiete fordert. Als dann in vorgerückter Stunde zum Gestütsetat Stellung genommen wurde, sah man schließlich im Hause nur noch ein Dutzend Abgeordnete. Ruhe war eingetreten.

Mittwoch 12 Uhr Weiterberatung.
Schluß 5 Uhr.

Kohlenlieferungen und Wiesbadener Abkommen.

Paris, 4. April. Der Wiederherstellungsausschuß veröffentlicht folgende Note:

Der Ausschuß hat von den Verfügungen des Artikels 4 Kapitel 4 (Kohlen) des deutsch französischen Abkommens, das in Wiesbaden am 7. Oktober unterzeichnet wurde, Kenntnis genommen. Er beschloß:

1. Der Ausschuß kann einem Abkommen zwischen einer verbündeten und der deutschen Regierung nicht eine Zustimmung geben, die die Wirkung hätte, seine Vollmachten einzuschränken, wie sie in dem Versailler Vertrag festgelegt sind.

2. Der Ausschuß erkennt an daß ihm der Vertrag von Versailles nur dann das Recht gibt, die Ausfuhr von Kohle aus Deutschland zu verbieten, wenn nach der Schätzung des Ausschusses die Mengen, die Deutschland liefert hinter den Forderungen der verbündeten Regierungen auf Grund der Paragraphen 2, 3, 4 und 5 der Anlage 5 Teil 8 des Vertrags zurückbleiben.

3. Der Ausschuß verzichtet auf sein Recht eines Ausfuhrverbots für die Dauer der gegenwärtig schon genehmigten Programme und auf jedes Ausfuhrverbot, das er für diese Zeit erlassen hat. Dieser Verzicht wird unter den im Artikel 4 Kapitel 4 des Abkommens von Wiesbaden und unter folgenden weitern Vorbehalten gewährt: a) Vorbehalt des belgischen Vertreters in der 276. Sitzung des Ausschusses (hierüber wird in der Meldung nichts Näheres gesagt); b) Aenderung des oben erwähnten Paragraphen 5 (auch hierüber wird in der Meldung Näheres nicht gesagt); c) nachfolgende Worte werden dem fünften Absatz des Artikels 4 am Schluß zugefügt: „und daß der Ausschuß keine andern Empfänger bezeichnen würde".

4. Der Ausschuß kann gegenwärtig sein Recht, ein Ausfuhrverbot zu erlassen, wie es im Paragraphen 2 angeführt ist, nicht aufgeben für eine längere Zeitdauer als die der gegenwärtig genehmigten Programme. Er nimmt jedoch Kenntnis von dem deutsch-französischen Abkommen und den Erklärungen des belgischen und des italienischen Vertreters in der 276. Sitzung und von der Erklärung die der britische Bevollmächtigte im Namen seiner Regierung wie folgt abgab: Großbritannien will nicht irgendein Mittel auf Grund des Vertrags benutzen, um im eigenen Interesse die freie Ausfuhr der Kohlen, die Deutschland erzeugt, von dort zu verhindern, behält sich jedoch das Recht vor, durch Vermittlung ihrer Bevollmächtigten jedes gerechtfertigte Ausfuhrverbot zu unterstützen, das eine Regierung, die auf Kohlenlieferungen auf Grund des Vertrages Anspruch hat bei dem Ausschuß zur Wahrung ihrer Rechte beantragt.

Der Ausschuß will von Deutschland nicht eine besondere Barzahlung verlangen, die der deutschen Kohlenausfuhr im freien Verkehr entspricht, solange die von ihm verlangten Barzahlungen pünktlich geleistet werden. Er behält sich jedoch das Recht vor, eine solche Zahlung zu verlangen in dem Augenblick, in dem ihm eine derartige Maßnahme angebracht erscheint.

Der Nibelungen Not.

Von Reichsminister a. D. Dr. Bell,
Vizepräsident des Reichstags.

Ueber die Wunde im Westen und Osten, über Nöte und Leiden der besetzten Gebiete ist reichlich geredet und geschrieben worden. Aber unsere ehemaligen Kriegsgegner sorgen dafür, daß dieses Thema aktuell bleibt und immer wieder neue Gesichtspunkte gewinnt. Bald kommen die bittersten Klagen und Beschwerden aus dem Osten, vornehmlich aus dem schwergeprüften Oberschlesien, bald ertönen bewegliche Hilferufe aus den besetzten Gebieten Rheinlands und der Rheinpfalz, bald dringen aus dem Saargebiet schwere Klagen wegen Rechtsverletzungen und Dranfallerungen zu uns. Alles das geschieht mitten im Zeitalter des „Friedens"!

Durch die Note der Reparationskommission vom 21. März d. Js. sind die unerträglichen Verhältnisse in den besetzten Gebieten von neuem aufgerollt worden. In schroffem und verletzendem Tone, der gegen alle internationalen Bräuche verstößt, sind darin bekanntlich die Bedingungen für einen vorläufigen Aufschub der uns auferlegten Verpflichtungen formuliert worden. Unter diesen Bedingungen verdienen zwei Punkte besondere Hervorhebung: einmal das Verlangen, außer den in den letzten Tagen vom Reichstag bewilligten neuen Steuern in der beispiellosen Gesamthöhe von weit über 100 Milliarden Mark und der festgelegten Zwangsanleihe noch weitere 60 Milliarden Mark Steuern zu schaffen, und ferner die Auferlegung von Kontrollmaßnahmen in unerhörtem Umfange. Die Stellungnahme der Reichsregierung und des Reichstags zu diesen Forderungen, die in der Geschichte aller Zeiten und Völker kein Vorbild finden, gibt ein getreues Spiegelbild der Stimmung und Auffassung des gesamten deutschen Volkes. Mit Gründe von überzeugender Durchschlagskraft haben Reichskanzler und Außenminister in voller Uebereinstimmung mit fast allen Parteirednern die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderungen aus den statistischen Nachweisen über die Grenze der finanziellen, wie wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und aus den unveräußerlichen Souveränitätsrechten eines Kulturstaats hergeleitet. Niemals, solange die Weltgeschichte besteht, sind einem besiegten Kulturstaate Friedensbedingungen von solcher Höhe und Grausamkeit auferlegt worden, wie dem deutschen Volke. Aber auch noch niemals hat ein besiegter Staat den Siegern auch nur annähernd Opfer in solchem Maße gebracht, wie sie von Deutschland bisher schon der Entente erweislich geleistet worden sind. Von besonderem Interesse für das hier zu erörtende Thema sind einige für das Inland wie Ausland gleichmäßig beachteten Darlegungen des Kanzlers und des Außenministers über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten. Danach haben wir auf Grund des Friedensvertrages schon jetzt in Deutschland eine große Anzahl einfacher Ententesoldaten, deren Einkommen den dreifachen Betrag desjenigen eines hohen deutschen Ministerialbeamten ausmacht. Die Kosten für den Reichspräsidenten den Reichskanzler und die elf Reichsminister mit Einschluß ihrer Aufwandsentschädigungen erreichen noch nicht unseren Kostenbetrag für zwei Ententegenerale in Deutschland! Nun vergegenwärtige man sich die enormen Gesamtkosten, die alljährlich jetzt schon von der Entente auferlegt werden. Der Reichsetat für 1922 gibt dafür ein anschauliches Bild, indem er mehr als zwei Drittel Ausgaben für die Entente und weniger als ein Drittel für das Reich vorsieht. Die neuerdings angedrohten Kontrollmaßnahmen würden diese enormen Lasten und Ausgaben in einem immer unerträglicheren Maße steigern.

Das von der Reichsregierung beigebrachte statistische Zahlenmaterial, geschöpft aus einwandfreien und unanfechtbaren Quellen, erbringt den eklatanten Nachweis dafür, daß schon die bisherigen Maßnahmen der Reparationskommission und erst recht die uns angedrohten neuen Bedingungen die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands in einem Ausmaße erschüttern, das auf die Dauer die Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen trotz nachgewiesener Anspannung aller Kräfte und trotz Einziehung direkter und indirekter Steuern bis zur äußersten Grenze des Erträglichen zur glatten Unmöglichkeit macht. Der rapide Marksturz, der der Reparationsnote folgte, und die Begründung der Londoner Banken für die Ablehnung einer Anleihe an Deutschland sollte doch auch unseren ehemaligen Gegnern zu denken geben. Das Mittel, aus einer ausgepreßten Zitrone noch Saft herauszuholen, ist noch nicht erfunden. Verlangen die Siegerstaaten von Deutschland Erfüllung, dann liegt es in ihrem eigenen unabweisbaren Interesse, möglichst mitzuwirken zur Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands, umgekehrt aber alles sorgsam zu verhüten, was zum deutschen Bankerott führen muß. Hat die Entente nach diesem allein heilsamen Rezept wirklich gehandelt? Noch dürfen wir die Hoffnung nicht sinken lassen, daß endlich in Genua Vernunft und Rechtsgefühl die Oberhand gewinnen. Will man dort ernstlich großzügige Arbeit leisten zum Wiederaufbau Europas und zur Völkerversöhnung, dann darf man auch nicht vorübergehen an dem Problem der besetzten Gebiete und der „Sanktionen" wie Kontrollmaßnahmen. Das einfachste Rechenexempel ergibt, daß sich die Erfüllungsmöglichkeit Deutschlands in demselben Maße steigert, in dem diese Ausgaben für die Entente abnehmen. Die erste Forderung, deren unwiderlegbare Begründung längst gegeben ist, muß nach wie vor lauten: Fort mit allen „Sanktionen", insbesondere Abzug der Besatzungen aus Düsseldorf, Duisburg und Mülheim. Daran schließt sich das nicht minder berechtigte Verlangen, die ebenso überflüssig wie kostspielige Besetzung des linken Rheinufers

wird diesem berechtigten Verlangen Deutschlands stattgegeben, dann wird dadurch nicht nur die Leistungsfähigkeit Deutschland zum Vorteil seiner Erfüllungsmöglichkeit und folgeweise zum wesentlichen Nutzen der Siegerstaaten stark gefördert, sondern zugleich auch die Völkerversöhnung und dem Gedanken eines dauernden Friedens ein unschätzbarer Dienst geleistet. Darüber darf man sich an keiner Stelle hinwegtäuschen: für Europas Schicksal und für die abendländische K..tur steht heuer alles auf dem Spiel. An Genuas Eingangspforte sollte das Dichterwort stehen:

„Was man von der Minute ausgeschlagen,
Bringt keine Ewigkeit zurück."

Aus dem Reiche.

Deutsche Noten an Nollet und die Reparationskommission in Vorbereitung.

Berlin, 4. April. Die deutsche Regierung wird, bevor sie nach Genua geht, noch die Noten der Alliierten beantworten. Wie wir hören wird nicht bloß die Note des Generals Nollet vom 23. März über die Schutzpolizei in den nächsten Tagen beantwortet werden; es besteht vielmehr die bestimmte Absicht, auch die Note, die die Reichsregierung, gestützt auf das Vertrauensvotum des Reichstages, die von der Reparationskommission geforderten 60 Milliarden neuer Steuern als unmöglich und mit anderen Bedingungen als Eingriff in die Hoheitsrechte der Nation ablehnt, gleichzeitig aber den Weg zu neuen Verhandlungen über die Reparationszahlungen offen hält, noch vor Genua fertig zu stellen. Diese Note bildet gegenwärtig noch Gegenstand von Ressortverhandlungen; sie soll aber noch vor der Abreise des Reichskanzlers dem hiesigen Vertreter der Reparationskommission übergeben werden.

Heute mittag sind die Vertreter der deutschen Länder wieder zusammengetreten, um über die Note des Generals Nollet zu beraten. Bei der heutigen Besprechung wird es sich darum handeln, ob die Ländervertretungen entgegen ihrer bisherigen Haltung die von dem Reichsinnenminister vorgesehene Antwortnote billigen. Die Billigung ist nicht nur von formaler, sondern auch von praktischer Bedeutung, da die Ausführung in den Händen der einzelnen Länder liegt. Die Entscheidung über die Antwort muß heute erfolgen, da die Note bis zum 5. April befristet ist.

München, 4. April. Der bayerische Innenminister Dr. Schweyer hat sich gestern nach Berlin begeben, wo neuerdings Besprechungen der Innenminister der Länder über Nollets Polizeinote stattfinden werden. Er wird für Bayern den Standpunkt vertreten, daß die Nollet-Note im Widerspruch zum Versailler Vertrag steht und außerdem im Widerspruch zu den unbedingt notwendigen Erfordernissen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande. Bayern glaubt sich in dieser Beziehung mit einer ziemlichen Anzahl der Innenminister der andern Länder, besonders Süddeutschlands darin einig zu sein, daß die über die Versailler Vertragsbestimmungen hinausgehenden Forderungen mit einem „Nein" zu beantworten sind. Zustimmung und Nachgiebigkeit würden nach Auffassung der bayerischen Regierung zu unabsehbaren weiteren Forderungen führen und schließlich zur Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der staatlichen Macht im eigenen Lande.

Verschärfte Besetzung Duisburgs.

Düsseldorf, 4. April. Wie bereits gemeldet, beabsichtigt man belgischerseits, die Stadt Duisburg und ihre Umgebung mit einer größeren Truppenzahl zu belegen. Einstweilen sind nach Duisburg zwei Kompagnien Radfahrer und eine Maschinengewehrkompagnie befördert worden. In der Umgebung der Stadt sollen 600 Mann Gendarmerie untergebracht werden. Eine weitere Maßnahme wird darin bestehen, daß Ruhrort und Meiderich je ein Bataillon Infanterie erhalten werden. Außerdem ist an der Grenze des besetzten Gebietes eine strengere Kontrolle im Passagierverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in Aussicht genommen, worüber die Rheinlandkommission indessen noch endgültig Beschluß fassen wird.

Von einem französischen Soldaten erstochen.

Köln, 4. April. Wie das „Kölner Tageblatt" erfährt, wurde der Bauunternehmer Küster in Wahn von einem französischen Soldaten erstochen. Küster saß in einer Wirtschaft als französische Soldaten hineinkamen und von dem Wirt Schnaps verlangten. Küster, der über französische Sprachlenntnisse verfügte, machte die Soldaten darauf aufmerksam, daß der Wirt sich durch die Abgabe von Schnaps an die Besatzungstruppen strafbar mache. Ohne weiteren Wortwechsel wurde dann Küster beim Hinausgehen von einem französischen Soldaten durch einen Stich ins Herz getötet. Der Ermordete, der als äußerst friedfertiger Mensch geschildert wird, hinterläßt eine Frau und 7 Kinder.

Graffs Mörder?

Brüssel, 4. April. (Havas.) Ein Telegramm der Libre Belgique aus Duisburg meldet, daß der Mörder des Leutnants Graff ausfindig gemacht worden sei. Es sei ein gewisser Franz Abbice (?), Angehöriger der grünen Polizei, der seit dem 30. März flüchtig sei.

Das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 4. April. In den nächsten Tagen wird im Reichsverkehrsministerium der Organisationsausschuß für das Eisenbahnfinanzgesetz wieder zusammentreten, um die Verhandlungen, die vor einigen Wochen vertagt wurden, aufzunehmen. Zur Debatte steht gegenwärtig noch der stark umstrittene Konfliktsparagraph. Der Reichsverkehrsminister will jetzt die hierzu von den Organisationen gestellten Anträge prüfen. Auch in der Frage des Arbeitszeitgesetzes sind gegenwärtig, wie schon kurz berichtet, die stark gefährdeten Besprechungen wieder aufgenommen worden. Bekanntlich hatten sich die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften auf einen gemeinsamen Beschluß geeinigt, der den Referenten-Entwurf des Reichsverkehrsministeriums in einigen wesentlichen Punkten nicht anerkennt und Abänderungsvorschläge gemacht. Am verflossenen Samstage fand nun eine Besprechung zwischen dem Ministerialdirektor Hitzler und den genannten Körperschaften statt. Alle Gewerkschaften verlangten, daß bis zum Abschluß ihrer Verhandlungen mit dem Ministerium oder bis zur Erledigung des Arbeitszeitgesetzes im Parlament das Reichsverkehrsministerium die Erlasse zurückziehen soll, die bei einzelnen Direktionen seit geraumer Zeit in Kraft getreten sind. Der Vertreter des Ministeriums gab hierzu die Erklärung ab, daß seitens der Organisationen die Lage vielfach verkannt werde. Bei den Eisenbahnern herrsche die Ansicht, daß der Minister durch seine Erlasse dem Arbeitszeitgesetz habe vorgreifen wollen. In Wahrheit seien die an die Direktionen und Dienststellen ergangenen Verfügungen nichts anderes als die im Jahre 1918 rechtmäßig beschlossenen Sparmaßnahmen der Regierung die in Süddeutschland schon längst eingeführt seien, während sie in Preußen und Hessen nicht zur Durchführung gelangen konnten. Der Minister sei jedoch bereit, die Vorschläge der Gewerkschaften zum Arbeitszeitgesetz zu prüfen, um eine Verhandlungsgrundlage zu finden. Auf Grund dieser Versicherung fand eine mehrstündige Vertagung der Beratungen statt. Am Samstagabend wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, nachdem der Reichsverkehrsminister die Vorschläge der Gewerkschaften geprüft hatte. Zurzeit werden die Besprechungen noch fortgesetzt, und es hat den Anschein, als ob auch in dieser schwierigen Frage ein Einverständnis zwischen den Parteien hergestellt werden kann.

Die Wohnung der russischen Delegation.

Berlin, 4. April. In Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Reichskabinetts hat der Minister des Aeußern Dr. Rathenau der hiesigen Sowjetvertretung das russische Botschaftsgebäude Unter den Linden zur Verfügung gestellt. Die Modalitäten der Uebergabe, besonders die Wiederherstellung unserer Botschaft in Petersburg, sowie die Unterbringung unserer Vertretung in Moskau werden zwischen der hiesigen Sowjetvertretung und dem Auswärtigen Amt geregelt werden.

Vertagung des deutschen Reichstages.

Berlin, 4. April. Der Reichstag wird sich am Freitag, den 7. April, vertagen. Sollte eine frühere Einberufung sich nicht als notwendig erweisen, so ist für die nächste Sitzung der 26. April in Aussicht genommen.

Parlamenten.

Englands Genua-Politik.

Lloyd George im Fahrwasser Poincares.

London, 4. April. Unterhaus. Lloyd George erklärte, der Vertrauensantrag sei fast derselbe, wie der vor der Washingtoner Konferenz eingebrachte. Im Gegensatz zu Zeitungsnachrichten habe das Kabinett den Antrag in der Gestalt, wie er ihn eingebracht habe, genehmigt. Wenn der Antrag abgelehnt worden sollte, so müßte eine Abordnung Großbritannien in Genua vertreten. Die Konferenz sei einberufen worden, um die Frage eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas zu erwägen, das bis zu einem noch nicht dagewesenen Umfange verarmt sei. Große Rüstungen seien im Anzuge. Die viel mit Steuern überbürdeten Völker hätten noch größere Lasten zu tragen, um Gefahren, die man fürchte, abzuwehren. Genua sei bestimmt, die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und des Wohlstandes zu prüfen. Seit der Konferenz von Cannes hätten keinerlei neue Beschränkungen hinsichtlich der Aufgabe der Genueser Verhandlungen Platz gegriffen. Eine Versammlung wie die in Genua, wäre nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre. Unzweifelhaft hätten die nach dem Versailler Vertrag vorgenommenen Grenzänderungen neue Schwierigkeiten hervorgerufen. Lloyd George behauptet, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Desorganisation nicht verursacht. Die Schwierigkeiten der Lage seien der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien zerstört worden sind. Wenn der Versailler Vertrag geändert würde, würden die Lasten auf Frankreich und Belgien verschoben werden.

Lloyd George fuhr fort: Wenn wir auf Zahlungen bestünden, die die Trafähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überschritten, so würden wir die Krise beschleunigen, die nicht auf Deutschland beschränkt sein würde. Aber es ist zu erwägen daß Deutschlands äußerste Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen ist. Auch sind diese Fragen nicht dazu angetan, in Genua entschieden zu werden. Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Versailler Vertrag nicht verzichten. Diese Frage könne einer Konferenz, auf der Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England und die Neutralen vertreten sind nicht unterbreitet werden. Die wirtschaftliche Lage Europas sei besonders berührt worden, erstens durch die Frage der neuen Grenzen, und zweitens durch das Reparationsproblem. Die Neuordnung der Grenzen bestehe hauptsächlich in der Rückerstattung von Elsaß-Lothringen an Frankreich, die in wirtschaftlicher Beziehung eine große Aenderung bedeute. Dann sei Polen wieder hergestellt und endlich seien die slawischen Völker des vormaligen Oesterreich-Ungarn als unabhängig erklärt worden. Lloyd George sagte, daß Elsaß-Lothringen von Frankreich zurückgegeben werde, oder daß Polen wieder in Stücke zerrissen oder die Slowakei oder Jugoslawien ihre Unabhängigkeit genommen werde. Unbestreitbar hätte die Grenzänderung neue wirtschaftliche Komplikationen geschaffen. Die neuerstandenen Regierungen hatten naturgemäß das Recht, Freiheit in fiskalischer und wirtschaftlicher Beziehung zu genießen.

Die Welt ist so zerschlagen, ihre lebenswichtigen Organe sind so schwer verwundet, daß ein Heilungsprozeß nur langsam von statten gehen wird. In Genua [illegible] Warum ist diese große Versammlung nötig? Weil Europa durch den Krieg vom Atlantischen Ozean bis zum Ural verwüstet wurde. Einige Länder leiden unter den Folgen des Krieges mehr, die anderen weniger, aber in Mitleidenschaft gezogen sind alle. Eines der wesentlichsten Probleme sei die Wiederherstellung des internationalen Handels. Die Tatsache, daß dieser niedergebrochen sei, berühre England ganz besonders. Eine der nächsten Aufgaben, die in Genua in Angriff genommen werden müßten, sei die Wiederherstellung des Wechselkurses. Vor allem aber sei es notwendig, daß ein wirklicher Friede unter den Nationen wieder hergestellt werde.

Zu der russischen Frage erklärte Lloyd George. Deutschland könne die Reparationen nicht bezahlen, bevor Rußland wieder hergestellt sei. Auch Rußland könne nicht sofort bezahlen und niemand erwarte dies. Aber es müsse seine Verpflichtungen anerkennen. Es müsse sich verpflichten, keinerlei aggressive Handlungen gegen die Grenzen seiner Nachbarn zu unternehmen. Wir haben bisher unser bestes getan, um mit Frankreich gleichen Schritt zu gehen. In der Behandlung Rußlands haben wir alle vernünftigen Bedenken gegen die Leute, die alle Gefühle verletzt haben, in Betracht gezogen. Wir schlagen diese Maßnahmen vor, da das englische Volk sie fordert und Europa sie braucht. Man spreche beständig von großen Armeen in Rußland, die sich darauf vorbereiten sollen, Europa zu überfallen, um dort russische Zustände herbeizuführen. Rußland ist heute ein unerforschbares Gebiet. Man kann nicht sagen, was dort vorgeht. Wenn aber Kaufleuten Gelegenheit gegeben wird, nach Rußland zu gehen, so werden sie sich darüber klar werden, wie es dort aussieht. Wenn die Gerüchte begründet sind, so werden sie nicht dort bleiben. Diese Gerüchte stellen eine Entschuldigung bezw. eine Rechtfertigung für die Existenz von großen Heeren in anderen Ländern dar. Die effektive Stärke dieser Heere wird niemals herabgesetzt werden, so lange in Europa kein Friede herrscht. Wie lange die Probezeit Rußlands dauern wird, weiß ich nicht, das hängt allein von Rußland ab. Die Sowjetregierung muß nicht nur ihren guten Willen beweisen, sondern auch zeigen, daß sie die Extremisten, die gegen die neue Wirtschaftspolitik sind, fest in der Hand hat. Was den Vorschlag betrifft, man solle warten, bis die Sowjetregierung verschwunden sei, so kann sich die Welt dies nicht leisten, denn niemand kann ein Datum anzeben, und auf der anderen Seite weiß man nicht, ob man bei einer neuen Regierung in Rußland nicht auf größere Schwierigkeiten stoßen würde, als bei der jetzigen. Vielleicht würde die neue Regierung sogar schlimmer sein als die frühere. Sie würde vielleicht ganz Europa in Brand stecken.

Lloyd George sagte noch: Wenn wir die Lage unseres internationalen Handels prüfen, so sehen wir, daß dieser im vergangenen Jahre rund 50 Prozent des Vorkriegswertes ausmachte. Der internationale Handel Deutschlands ist auch 25 Prozent gesunken, der französische beträgt 60 bis 70 Prozent, was nur auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Ausfuhr aus dem Elsaß, aus Lothringen und aus dem Saargebiet Frankreich zugute kommt. England ist mit ungefähr 30 Prozent mehr am internationalen Handel interessiert, als alle anderen Länder. Das Programm der Wiederherstellung des internationalen Handels ist also eine lebenswichtige Frage für das britische Volk.

Nach Schluß der Rede Lloyd Georges brachte der Arbeiterführer Clynes einen Antrag der Arbeiterpartei ein, in dem der Regierung das Vertrauen verweigert wird. Asquith war infolge einer Erkältung verhindert, an der Debatte im Unterhause teilzunehmen.

Lloyd George hatte folgenden

Wortlaut des Vertrauensvotums

vorgeschlagen: Das Unterhaus stimmt den vom Obersten Entente-Rat in Cannes angenommenen Entschlüssen zu. Diese Entschlüsse gelten als Grundlagen für die Konferenz von Genua. Das Unterhaus unterstützt die englische Regierung in ihren Bestrebungen, um den Genueser Beschlüssen zur Wirkung zu verhelfen.

Das Vertrauensvotum für Lloyd George wurde vom Unterhause mit 372 gegen 34 Stimmen angenommen.

Die gefährliche Schutzpolizei.

Debatte in der französischen Kammer.

Paris, 4. April. Die Kammer setzte gestern die Beratung über die Interpellationen fort, die am Sonnabend unterbrochen wurden. Zuerst ergriff der Abg. Chappedelaine das Wort, der über die Abkommen sprach, die in London getroffen worden sind. Diese Ergebnisse seien weit davon entfernt, dem Frieden zu dienen. Im Gegenteil, sie begünstigten den Krieg. Der sozialistische Abgeordnete Mousset ist mit den Erklärungen Poincares einverstanden, weil er seine Absicht kundgegeben habe, Frankreich auf der Genueser Konferenz vertreten zu lassen. Nach Genua müsse Frankreich mit der Absicht gehen, der Welt und Frankreich den Frieden zu geben. Er verlangt von der Regierung, daß sie ihre Politik gegenüber Deutschland aufgebe, eine Politik, die darin bestehe, mit der einen Hand Rechnungen zu überreichen während die andere den Degen halte. Die einzige Politik sei die Politik eines wirtschaftlichen Einvernehmens aller Völker, und Amerika habe gewisse Verpflichtung, seinen Beistand zu dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verweigern, solange Frankreich nicht den Willen kundgebe, zu entwaffnen.

Auf die Frage, warum Frankreich so sehr die militärische Organisation Deutschlands fürchte, antwortete Poincare: Ich darf Ihnen nicht gestatten zu sagen, daß Deutschland nur 100 000 Mann Soldaten hat, nachdem in den letzten Tagen klar bewiesen wurde, daß es ein regelmäßiges Heer von 250 000 Mann unterhält und eine Ueberorganisation besitzt. Abg. Tardieu sagt: Wir sind erstaunt zu vernehmen, daß Deutschland im Jahre 1921 gestattet ist, 250 000 Mann zu unterhalten statt 100 000. Poincare erwidert, ich würde mich über dieses Erstaunen des Abg. Tardieu wundern, wenn ich nicht wüßte, daß dieses Erstaunen geheuchelt ist. Tardieu ruft: Ich gestatte dem Herrn Präsidenten nicht, das zu sagen. Poincare antwortet, es ist mir in den letzten Tagen bewiesen worden, daß neben dem regelmäßigen aktiven Bestand die Alliierten Polizeitruppen bewilligt hatten. Die Formationen hätten einen militärischen Charakter und er müsse sie deshalb als eine Verstärkung des deutschen Heeres betrachten. Man hätte nicht mit der Ziffer von 100 000 Mann zu rechnen, sondern mit der von 250 000.

Vertrauensvotum für Poincare.

Die Kammer nahm nach Beendigung der Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung mit 484 gegen 78 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Paris, 4. April. Die von der Kammer angenommene Tagesordnung lautet: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie vertraut darauf, daß die Regierung auf der Genueser Konferenz die Rechte und Interessen Frankreichs wahrt unter den Bedingungen und mit Hilfe der Garantien, die im Memorandum der französischen Regierug vorgesehen sind. Die Kammer lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über."

Die Konferenz von Genua.

Besprechung mit den Sachverständigen für Genua.

Berlin, 4. April. Unter dem Vorsitz des Außenministers Dr. Rathenau fand gestern im Auswärtigen Amt unter Hinzuziehung der übrigen Ressortchefs eine Besprechung mit den von der Reichsregierung für die Konferenz von Genua bestimmten Sachverständigen statt. Der Minister dankte den Erschienenen für die Arbeit, die sie bereits geleistet haben. Er gab eine ausführliche Vorgeschichte der Konferenz und skizzierte die Gegenstände, die auf ihr zur Beratung kommen werden. Auf Vorschlag des Ministers werden die Sachverständigen drei Unterkommissionen bilden für die wirtschaftlichen, finanziellen und verkehrspolitischen Fragen. Nur ein kleiner Teil der Sachverständigen wird schon gleich mit den Vertretern der Reichsregierung die Reise nach Genua antreten, der größere Teil bleibt vorläufig in Berlin zurück.

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats über Genua.

Berlin, 4. April. Der Reichsregierung ist nunmehr das Gutachten des Reichswirtschaftsrates zu der Konferenz von Genua zugegangen. Das Gutachten enthält drei Hauptteile, die sich mit den Finanz-, Handels- und Wirtschaftsfragen, sowie Transportfragen be-

ten, das sich insbesondere auf die Beseitigung der für Deutschland seit dem Frieden auferlegten Schranken der Wirtschaft zu Wasser und zu Lande bezieht.

Clynes über die Genueser Konferenz.

London, 4. April. In der gestrigen Debatte über die Genueser Konferenz im Unterhause erklärte der Arbeiterführer Clynes: Die bisherigen Konferenzen seien nicht so sehr wegen des Friedens, sondern wegen der Friedensbedingungen abgehalten worden. Wenn die Genueser Konferenz nicht zahlreiche wichtige Stellen des Versailler Vertrages abändere, würde sie ebenso schnell fehlschlagen, wie die vielen vorangegangenen Konferenzen. Die bisher befolgte auswärtige Politik habe das Land in den Abgrund gebracht. Die Arbeiterschaft habe unmittelbar nach dem Kriege eine internationale Konferenz gefordert. Die Genuakonferenz komme nun drei Jahre zu spät. Sie sei umgeben von schädlichen Verwirklichungen und Verpflichtungen. Es sei unverständlich, wie Lloyd George erwarten könne, daß hier Gutes aus der Konferenz hervorgehen werde. Lloyd George wisse sehr wohl, daß allen Schwierigkeiten der Versailler Friedensvertrag zugrunde liege. Bevor Teile dieses Vertrages nicht wesentlich abgeändert seien, könne alles Gerede auf den Konferenzen Europa nicht wieder aufrichten. Die Reparationen würden jetzt zu einem großen Teil aus der Tasche der Arbeiter bezahlt.

Die Vorkonferenz in Genua.

Paris, 4. April. Der „Petit Parisien" teilt mit, daß die italienische Regierung gestern amtlich der französischen Regierung vorgeschlagen habe, in Genua eine vorbereitende Versammlung der Alliierten zu veranstalten. In dieser Versammlung soll das Programm ausgearbeitet und eine genaue politische Formel aufgestellt werden, wonach sich die Nationen verpflichten, sich jeden Angriffs auf ihre Nachbarn zu enthalten. Der „Petit Parisien" schreibt dazu: Mit einem Wort, es handelt sich darum, es so einzurichten, daß die Alliierten vom Anfang an die Verhandlungen leiten. Ohne diese Vorsichtsmaßregel würde man Gefahr laufen, das Spiel derer zu machen, die hoffen, die Alliierten zu trennen und vor allem England und Frankreich auseinanderzubringen. Die französische Antwort auf die Anregung der italienischen Regierung ist noch nicht bekannt. Eins aber ist doch schon gewiß: wie Poincare Skirmunt erklärte, wird Frankreich nicht gestatten, daß die vier Mächte der kleinen Entente von den etwaigen vorbereitenden Beratungen der Alliierten ausgeschlossen werden. Diese Beratung wird also erst ihre volle Wirkung haben, wenn außer den fünf Großmächten auch die vier Mächte der kleinen Entente an den Beratungen teilnehmn.

Sicherheitsmaßregeln in Genua.

Rom, 4. April. Die Regierung trifft in Genua ungewöhnlich umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen. Sie entsandten die tüchtigsten Polizeibeamten des Landes nach der Konferenzstadt. Einige Hundert zweifelhafte Elemente wurden aus der Stadt entfernt. Alle Parteien sind sich darin einig, daß für den ungestörten Verlauf der Konferenz von Genua Gewähr geleistet werden könne.

Aus dem Auslande.

Ungarn.

Die ungarische Regierung zur Thronfrage.

Budapest, 4. April. Die Vertreter der Entente konferierten gestern mit dem ungarischen Minister des Aeußern Branffy über die Stellungnahme der Regierung zur Frage der Nachfolgerschaft des Exkaisers Karl. Branffy erklärte, daß die Regierung auf der Basis des Entthronungsgesetzes steht und eine Erklärung demnächst darüber erlassen werde. Demnach wird die Regierung dem Thronfolger Erzherzog Otto gegenüber denselben Standpunkt einnehmen, wie dem verstorbenen König Karl gegenüber. Inzwischen hat der Gemeinderat von Budapest an die Regierung die Bitte gerichtet, keinerlei Widerstand entgegenzubringen, wenn die ungarische Regierung beabsichtige, die legitimistische Aktion in Ungarn zu unterdrücken.

Ungarische Landestrauer.

Budapest, 4. April. Die Regierung hat eine zweitägige Landestrauer angeordnet, und Trauerflaggen und Glockengeläute verkünden den Tod des Königs. Dagegen betonen die Parteien ohne Unterschied der Richtung übereinstimmend die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage. Die Anhänger der freien Königswahl erblicken in dem Ereignis nur ein persönliches Geschick, während die Legitimisten die etwaigen staatsrechtlichen Folgen des unerwarteten Ereignisses erörtern und den ältesten Sohn des verstorbenen Königs, Erzherzog Otto, als den unbedingt einzigen gesetzlichen Nachfolger erklären. Dagegen behandelt die Landwirtschaftspartei die Königsfrage nicht als Angelegenheit nur des Hauses Habsburg. Die Legitimisten überhäufen die Entente mit schweren Vorwürfen, weil ihr Vorgehen zu dieser Katastrophe geführt habe. Die Legitimisten fordern die Ueberführung der Leiche Karls nach Budapest und die Erziehung des Thronfolgers unter ungarischer Oberhoheit. Ueber die Stellungnahme der Regierung zu den staatsrechtlichen Seiten der Frage ist bisher noch nichts bekannt.

Polen.

25 000 Beamte entlassen.

Warschau, 4. April. Die Blätter berichten, daß die polnische Regierung in sämtlichen Verwaltungszweige erhebliche Beamtenentlassungen vorgenommen habe. Im ganzen sei der Beamtenbestand um 25 000 Personen vermindet worden. Von diesen Entlassungen entfallen allein auf die Bahn-, Post- und Telegraphenverwaltung 12 000. Die Warschauer Regierung erhoffe von diesen Entlassungen eine monatliche Ersparnis von 1½ Milliarden Mark.

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen beträgt zurzeit 200 000 Personen. Das bedeutet gegen Februar eine Steigerung um 75 v. H.

Rußland.

Lenins Krankheit.

Riga, 4. April. Gestern reiste auf der Fahrt nach Berlin der Rest der Sowjet-Delegation für Genua hier durch. Nach einer Konsultation über Lenins Gesundheitszustand fuhren mit demselben Zuge die Professoren Förster-Breslau und Klemperer-Berlin nach Deutschland zurück. Letzterer erklärte in einer Unterredung, [illegible] Krankheit wäre heilbar. Er leide an Kopfschm[illegible] Augenblicklich ist er arbeitsfähig, obgleich stark überanstrengt. Klemperer verweigerte die nähere Bezeichnung der Krankheit ohne Einverständnis mit dem Patienten. Jedenfalls ist Lenin nicht krebskrank.

Aus Stadt und Land.

✉ **Das Endergebnis der Betriebsrätewahlen** im Ruhrbergbau liegt von 102 Schachtanlagen vor. Es haben danach erhalten: Alter Verband 58 440 Stimmen, der Verein Christlicher Bergarbeiter 42 286, Syndikalisten, Union und Kommunisten 59 796, Polen 7816, Hirsch-Duncker 4207 Stimmen.

* **Gründung einer Ortsgruppe Castrop u. U. des Bundes der Saarvereine** (Sitz Berlin). Am Sonntag abend 6 Uhr fand bei Schulte-Becker, Münsterstraße, eine Besprechung statt, die zum Ziele hatte, auch für Castrop und Umgegend eine Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine ins Leben zu rufen. Referent war Herr **Josef Boden** aus Saarburg bei Trier der sich vor der recht ansehnlichen Versammlung in begeisterten Worten für das gute Recht und die deutsche Sache des von den Feinden in schweren Knechtschaftsbanden gedrückten Saarlandes einsetzte. Jeder Einzelne, der seine Wiege im Saarlande stehen hätte, müsse für den Schutz seiner Heimat und seiner bedrängten Landsleute sich einsetzen, darüber hinaus aber auch jeder Deutsche, der sich noch einen Funken von Nationalbewußtsein im Herzen bewahrt hätte. Wie überall so könne aber hier auch ein Einzelner nicht viel ausrichten. Nur durch Zusammenfassen aller interessierten Kreise zu einer machtvollen Vereinigung ließe sich etwas erreichen. Deshalb habe man überall im Deutschen Reiche Saarvereine gegründet, die ihre Spitzenorganisation im Bund der Saarvereine, Sitz Berlin, gefunden haben. Auch im Industriegebiete beständen schon sehr viele derartige auf dem landsmannschaftlichen Charakter beruhende Ortsgruppen des Bundes. Castrop, das auch einer ganzen Reihe von Saarländern eine neue Heimat in der Zeit der Not und Bedrängnis geworden sei, dürfe da nicht zurückbleiben. In der Aussprache gab es dann noch Gelegenheit, die Ziele und Richtlinien des Bundes näher zu erörtern. Einmütig stellte man sich darauf auf den Standpunkt, daß auch für Castrop die Gründung einer Ortsgruppe wünschenswert sei. Man machte gleich ganze Arbeit und wählte einen Ausschuß, der alles Erforderliche in die Wege zu leiten hat. Noch im Laufe dieses Monats soll eine weitere Versammlung bei Schulte-Becker stattfinden, in der die endgültige Vorstandswahl bestätigt und die Statutenfrage, sowie der Anschluß der Ortsgruppe an den Bund geregelt werden soll. Nähere Mitteilung erfolgt rechtzeitig an dieser Stelle und im Anzeigenteil der Castroper Zeitung.

♂ **Heimattreue Ost- und Westpreußen.** Landsleute, die dem Provinzialverbande angeschlossen sind, und bei den ersten Fahrten am 16. und 31. Mai die Sonderzüge benutzen wollen, müssen sich bis zum 20. April in die Anmelde-Liste eintragen. Die Anmeldung erfolgt bei Herrn Lobboch, Castrop, Martenstr. 7. Je eher sie erfolgt, desto besser ist es, da über die vorhandenen Plätze nach der Reihenfolge der eingehenden Meldungen verfügt wird.

⊙ **Männer-Gesang-Verein „Harmonie".** Wir weisen nochmals auf das heute abend im Saale des evgl. Gemeindehauses stattfindende Konzert hin. Da das Programm sehr reichhaltig ist, werden punkt 8 Uhr die Saaltüren geschlossen. Wir wollen nicht verfehlen, noch folgende Kritiken aus Dortmund, Köln, Witten über die Konzertsängerin Frl. Fleischhut zu erwähnen: Die jugendliche Sängerin fang sich mit ihren Liedern im Sturm in die Herzen der Zuhörer hinein. Sowohl im Fortissimo als auch im zartesten Pianissimo hat sie ihre modulationsfähige Stimme vollkommen in der Gewalt. Nicht endenwollender Beifall wurde ihr zuteil, sodaß sie mit mehrere Zugaben dankte. Sie hat durch ihre Stimme und ihren so sehr innigen und fesselnden Vortrag allgemein überrascht. Ihre Vortragsweise berührt ungemein sympathisch. In ähnlicher Weise urteilen andere bedeutende fachmännische Kritiken.

♀ **Im Metropoltheater** gelangt statt des Films „Im Karren des Wanderzirkus" das fünfaktige Kriminaldrama „Und die Gerechtigkeit siegt" zur Vorführung. (Siehe Anzeige!)

⊙ **Der Hühnerdieb**, von dem wir vor einigen Tagen bereits mehrfach berichteten, macht nach wie vor die Gegend unsicher. Jetzt hat er in der Nacht von Montag auf Dienstag auf der B-Straße abermals einem Bergmann 6 Hühner im Werte von 720 Mk. aus dem erbrochenen Stall gestohlen. Hinter dem Täter wird eifrig gefahndet. Es gelang aber bisher noch nicht, seiner habhaft zu werden.

§ **Jugendliche „Schatzgräber".** Zwei schulpflichtige Burschen haben auf der Christinenstraße bei den dort errichteten Siedlungsbauten mehrere Meter Bleirohr aus der Erde ausgegraben. Sie haben es dann in Stücke zerhackt und suchten es so an den Mann zu bringen, was ihnen auch gelang. Ob sie sich damit nicht mehr als eigenartige „Schatzgräberei" sie wohl noch vor die Schranken des Gerichtes bringen wird.

△ **Einen großen Menschenauflauf** verursachte gestern nachm. gegen 5½ Uhr eine Frau, die ihren nicht mehr ländische Arbeiterfrau, die ihren anscheinend nicht mehr ganz trittfesten Mann aus einer Wirtschaft an der Münsterstraße geholt hatte und nun im Zentrum der Stadt „vor versammelter Mannschaft" gehörig mit ihm abrechnete, weil er die ganze Löhnung vertrinke. Die Widerlichkeit der traurigen Szene wurde noch dadurch erhöht, daß die Frau den Mann dabei ordentlich mit gewiß nicht ganz unverdienten Ohrfeigen bedachte. — Es wäre jedenfalls richtiger gewesen, wenn die schlagfertige und energische Frau mit der „Abreibung" bis zu Hause gewartet hätte. Eine gründliche Gardinenpredigt unter vier Augen hätte bei dem wie ein begossener Pudel hinter seiner besseren Hälfte hertrabenden Sünder gewiß dieselbe Wirkung gehabt.

Amt Rauxel.

△ **Fabinghorst.** (Ein Raubüberfall) wurde von fünf hiesigen Bergleuten am Montag morgen in der Wirtschaft Henningsfeld in Henrichenburg ausgeführt. Die Täter drangen auf einen holländischen Schiffer ein, hielten ihm die Kehle zu, warfen ihn zu Boden und raubten ihm seine aus ca. 3000 Mk. bestehende Barschaft. Lange sollten sie sich aber des unrechtmäßig erworbenen Gutes nicht zu erfreuen haben. Drei von ihnen wurden noch am gleichen Abend in der Wirtschaft Richter zu Habinghorst von der hiesigen Polizei dingfest gemacht, während es zweien gelang zu entkommen. Der eine von diesen wurde aber noch in der Nacht aus dem Bette geholt, während der Fünfte sich Dienstag morgen selbst der Polizei stellte.

Nachrichten aus Westdeutschland.

* **Münster.** (In origineller Weise,) die aber der Neuzeit entspricht, hat man in einem rein ländlichen Orte des Münsterlandes die Besoldung des jung verheirateten Leiters der nicht kommunalen kleinen Rektoratsschule geordnet. Einen Teil seines Gehaltes erhält er in bar, den anderen in „Sachlieferungen". Neben 70 Zentner Kohlen wurden ihm zugebilligt, dreieinhalb Zentner Roggen, viereinhalb Zentner Weizen, 350 Liter Milch, 50 Pfund Butter, 650 Eier, 78 Pfund Speck, zehn Pfund Kocherbsen. Die Lieferungen wurden nach dem Friedenspreise berechnet und danach auf die Interessenten verteilt.

Stegerwald über innere Politik.

Köln, 4. April. In einer vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Köln, veranstalteten stark besuchten Versammlung sprach heute der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald über das Verhältnis der Arbeitnehmer zu Staat und Wirtschaft. Er sagte u. a.: Deutschland sei durch die Vorgänge der letzten Jahre, durch den Zusammenbruch und die Umwälzung von 1918 vor neue Aufgaben gestellt. Die frühere Innenpolitik mit dem Dreiklassenwahlrecht, den Gegensätzen zwischen Nord und Süd, zwischen Stadt und Land und die Kluft zwischen den Gebildeten und der breiten Masse hätte die Einstellung des deutschen Volkes auf den Klassenkampf und Kastengeist zur Folge gehabt. In der Zukunft müßten die deutschen Volksgenossen nicht mehr das Trennende, sondern das suchen, was sie wieder zusammenbringe. Die frühere Denkweise habe zum beträchtlichen Teile zu der Katastrophe von 1918 beigetragen. Für Deutschlands Wiederaufbau sei nötig, daß sich ein politischer Umdenkungsprozeß durchsetze. Vor allem müsse alles aufgeboten werden, um die Reichseinheit zu sichern. Nicht der Klassenkampf oder die ausländischen Arbeiter könnten unsere Lasten vermindern, sondern nur ein in entscheidenden Fragen einiges deutsches Volk, welches wirtschaftlich zu denken imstand sei, d. h. die Führer der Wirtschaft nicht von der Führung der Staatsgeschäfte ausschalte und die Parteiinteressen hinter die des gesamten Volkes setze. Die Arbeitnehmer dürften sich nicht nur als Gehalts- und Lohnempfänger betrachten, sondern müßten sich auch als gleichberechtigte Staatsbürger betrachten, die vom Staat nicht nur zu fordern, sondern ihm auch etwas zu gebe hätten. Andererseits sei unbedingt notwendig, daß dem deutschen Staat zukünftig ein starkes soziales Gepräge gegeben werde, in welchem die breiten Volksschichten bei der Staatsführung mitwirkten. Zweifellos sei, daß das deutsche Volk in den nächsten Jahren mehr entbehren und mehr zahlen müsse als die siegreichen Völker, und der Besitz müsse größere Opfer bringen als die Arbeitnehmerschaft. Aber auch in unserer Politik sei die Frage der Ernährung. Aus der Landwirtschaft müßten größere Erträgnisse als bisher herausgeholt werden. Der Haushalt müsse ausgeglichen und die Mark stabilisiert werden. Eine weitere Notwendigkeit sei die Pflege der ethischen und Gemütswerte und Ausschaltung einer marxistisch-sozialistischen oder militärischen Mechanisierung. Die Verwaltung müsse vereinfacht und der Luxus der „neuen Reichen" bekämpft werden. Das Parteiwesen könne nicht so bleiben wie es ist, weil die Parteien, vor allem die Koalitionsparteien vor völlig neuen Aufgaben ständen. Der Redner schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Forderung nach Revision des Friedensvertrages.

Wirtschaftliches.

Die Gestaltung der Gütertarife.

Beratungen der Eisenbahnsachverständigen.

Berlin, 4. April. Von den beiden für die Prüfung der Wirkungen der staffelförmigen Gütertarifsätze und der Einführung besonderer Wasserumschlagstarife eingesetzten Ausschüssen von Eisenbahnsachverständigen hält der Ausschuß für den westlichen Bezirk am 7. d. Mts. eine neue Besprechung in Köln ab. Wenn deren Ergebnis vorliegt, wird das Gremium für den Osten zu den Beratungen zusammentreten. Die im vorigen Jahre stark beschränkte Binnenschiffahrt bedarf der Förderung, die auch dem Wagenmangel bis zu einem gewissen Grade abhelfen würde. Andererseits muß die Reichsbahn auf die Erhaltung ihrer Einnahmen bedacht sein. Der Angelegenheit wird seitens der Reichsbahnverwaltung die ihrer großen volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet.

Gegen die Verkehrsnot im Ruhrgebiet.

Essen, 4. April. Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Quaatz, Dr. Cremer, Winnefeld, Dr. Becker (Hessen) und Westermann wegen der am 14. März verhängten allgemeinen Zulaufsperre nach dem Direktionsbezirk Essen hat der Reichsverkehrsminister folgende Antwort erteilt:

Es ist ohne weiteres zugegeben, daß die Betriebs- und Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet zurzeit äußerst schwierig sind. Diese Schwierigkeiten sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Wagenumlauf nach dem Norden durch die Stockung in den Häfen Hamburg und Bremen behindert und daß dadurch eine Ueberfüllung des Bezirks Essen mit beladenen Wagen eingetreten war. Um eine die Kohlenzufuhr schwer beeinträchtigende Versandsperre aus dem Ruhrgebiet zu vermeiden, wurde es nötig, den Zulauf sowohl der leeren als auch der beladenen Wagen nach dem Ruhrbezirk vorübergehend zu drosseln, damit zunächst die beladenen Wagen abgefahren werden könnten. Die Zulaufssperre für beladene Wagen nach dem Ruhrgebiet hat inzwischen wieder aufgehoben werden können. Der Leerwagenzulauf wird langsam wieder verstärkt. Der Zulauf beladener eiserner Wagen nach dem Ruhrgebiet ist nicht so erheblich, daß er die Wagengestellung für Brennstoffe wesentlich ungünstig beeinflussen und somit die Kohlenförderung zum Stocken bringen könnte.

Sparkassen und Kriegsanleihe.

Berlin, 4. April. Das Reichsfinanzministerium ist an den Deutschen Sparkassenverband mit dem Vorschlag herangetreten, die im Besitz der Sparkassen befindlichen 20 Milliarden 5prozentiger Kriegsanleihen in 4½prozentige tilgbaren Namensschuldverschreibungen umzutauschen. Das Angebot wurde jedoch, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wegen der ungünstigen Bedingungen abgelehnt. Die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagene lange Amortisationszeit (44 Jahre) hatte für die Sparkassen einen erheblichen Zinsverlust und eine schwere Beeinträchtigung der Liquidität der Sparkassen bedeutet. Es wird abgewartet werden müssen, ob bei den neuen Verhandlungen bessere Bedingungen erzielt werden.

Die Steuerpflicht der Innungen.

Zu der Frage der Steuerpflicht der Innungen, Innungsausschüsse und Innungskrankenkassen hat der Reichsfinanzminister vorbehaltlich einer Entscheidung der Rechtsmittelbehörden im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister wie folgt Stellung genommen:

Innungen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie sind nach dem Gesetz nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Sie gehören zwar, wie die Handwerkskammern, zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, es sind aber wirtschaftliche Verbände mit öffentlich-rechtlichem Charakter. Sind nach dem Gesetz aber wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter abgabefrei, wenn ihr Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, so muß das erst recht auf öffentlich-rechtliche wirtschaftliche Verbände zutreffen. Innungen, die nach Paragraphen 81b Nr. 5 der Gewerbeordnung einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb eingerichtet haben, sind mithin mit dem Teil ihres Vermögens, der einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gewidmet ist, abgabepflichtig, im übrigen aber abgabefrei. Für Innungsausschüsse gilt dasselbe. Innungskrankenkassen haben nach Paragraph 81b Absatz 2 der Gewerbeordnung in der Fassung des Artikels 103 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit den Paragraphen 3, 4, 225, Absatz 1, der Reichsversicherungsordnung eigne Rechtspersönlichkeit. Sie sind steuerfrei. Für die Körperschaftssteuer sind die Innungen unter den weitgefaßten Begriff des Paragraphen 2 Nr. 7 — gesetzliche Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen — zu unterstellen und als schlechthin steuerfrei anzusehen.

Houghtons Programmrede.

Wie bereits in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung gemeldet werden konnte, hielt der neuernannte Botschafter der Union in Deutschland, Houghton, eine außerordentlich sympathische Rede über den Geist, in dem er seiner diplomatische Aufgabe lösen wolle. Ein Newyorker Telegramm der Voss. Ztg. gibt dazu folgende Einzelheiten:

Die Rede des neuen Botschafters in Berlin kann, wie die „Newyork World" sagt, als eine amtliche Umschreibung der Haltung der Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber gelten. Das Blatt fügt hinzu, Houghton habe die Ansprache dem Präsidenten Harding unterbreitet, der sie ebenso warm gebilligt habe, wie sie von den hervorragenden Männern, die dem Abschiedsdiner beiwohnten, gebilligt wurde. Der Botschafter wurde beim Diner eingeführt durch Dr. Butler, den Präsidenten des „Columbia college". Dieser betonte die Notwendigkeit, einen wahren Frieden in der Welt herzustellen, namentlich einen solchen zwischen Amerika und Deutschland.

In seiner Erwiderung führte Houghton aus, gewisse in die auswärtigen Beziehungen eingreifende Fragen könne er nicht offen erörtern, aber er könne über den Geist sprechen, in dem man an die Probleme herantreten sollte. Der Botschafter fuhr fort: „Ich glaube an den sittlichen, geistigen oder wirtschaftlichen Wert des Hasses nicht. Er führt nur zur Verwirrung und Zerstörung. Beim Verlassen Amerikas habe ich weit mehr die hundert Jahre des Friedens, der Freundschaft und des reichen Maßes an gutem Willen im Sinne, die das deutsche und das amerikanische Volk miteinander verbanden, als die wenigen Jahre des Krieges und der Mißverständnisse, die sie trennten. Ich wünsche diese alten Bande der Achtung und der gegenseitigen Dienste wieder zu erneuern und zu stärken. Wir selbst können als Nation nicht glücklich und zufrieden sein, solange unsere Mitbürger deutscher Abstammung nicht glücklich und durch das Gefühl der Ungerechtigkeit verbittert sind. Ein besseres Sichverstehen müssen wir alle erstreben.

Außerdem sehe ich keinen Grund, weshalb wir von einer großen und stolzen Nation erwarten sollten, daß sie etwas tue, was wir selbst unter gleichen Umständen nicht tun würden. Der Krieg ist beendet, und wer ihn verloren hat, muß seiner Fähigkeit gemäß für die Rechnung aufkommen. Was aber seine Ursachen angeht und die Zuteilung von Tadel oder Schuld, so sind das Sachen, welche ich offen gestanden, meinerseits nicht weiter erörtern will."

Unter Hinweis auf den Haß zwischen Nord- und Südstaaten Amerikas während des Bürgerkrieges fuhr der Botschafter fort: „Der Haß verschand schnell. Sowohl der Norden wie der Süden fanden ihren Weg aus dem Dilemma, als sie einfach der Frage nach den Ursachen, die sie trennten, den Rücken kehrten und an die Arbeit gingen. Mir scheint, daß ein ähnlicher Prozeß praktischer Versöhnung stattfinden muß, oder die europäische Zivilisation muß zugrunde gehen. Wenn kriegführende Nationen nicht vergessen können, dann können sie sich wenigstens verbinden in der gemeinsamen Ueberzeugung, daß, was auch sonst für Werte der Krieg geschaffen haben mag, er uns ärmer ließ. Sie müssen an die Arbeit gehen oder zugrunde gehen.

Die Perlen der Eggenbrechts

Roman von Alexander von Bosse.

41 (Unberechtigter Nachdruck verboten.)

„Sofort muß nachgeforscht werden," rief sehr energisch Branding. „Die Perlen müssen sich finden! Sogleich muß zunächst die Dienerschaft geweckt werden und . . ." Er wollte an die Klingel. Da sagte plötzlich Wolf ganz ruhig:

„Die Perlen habe ich!"

Allgemeine, fassungslose Verblüffung folgte seinen Worten. Minutenlang stand alles sprachlos, und Silvia war schneebleich geworden. Sie stützte sich mit beiden Händen auf die Lehne eines Stuhles. Es schien, als würde sie ohnmächtig. Endlich stammelte Therese mit weit aufgerissenen Augen:

„Sie haben die Perlen . . .? Aber — wie — wie kommen Sie denn dazu?"

„Ganz einfach," erklärte Wolf mit der Gelassenheit eines Verbrechers, der, nachdem er einmal gestanden hat, einsieht, daß es am gescheitesten ist, die volle Wahrheit zu sagen. „Sie wissen alle, daß ich der Perlen wegen nicht prozessieren wollte, wie ich mußte, wenn Kusine Silvia nicht freiwillig auf ihren Besitz verzichtete. Also benutzte ich die günstige Gelegenheit und holte sie mir."

„Himmelherrgott, da hat der verdammte Kerl doch noch die Wette gewonnen!" entfuhr es Weltin halblaut, aber niemand gab auf seine Worte acht, weil nun Branding mit geballten Händen auf Wolf zutrat.

„Was haben Sie getan? Hier in dies Zimmer sind Sie eingedrungen bei Nacht! Haben den Koffer durchwühlt? Die Perlen geraubt? Herr —" donnerte er, und Weltin schloß schnell die Tür nach dem Gange, damit von dem lauten Stimmenschall nicht noch mehr Schläfer geweckt wurden.

„Herr von Eggenbrecht, dafür werden Sie mir Rechenschaft geben!" schloß Branding zornbebend und hob die Faust, als wolle er sich auf Wolf stürzen.

„Nein!" rief plötzlich Silvias klare Stimme, und sie trat zwischen die Herren und hob abwehrend [illegible] gegen Branding auf. „Nein", wiederholte [illegible] Ihnen, Herr von Branding, nur mir allein hat mein Vetter Rechenschaft zu geben. Niemanden als mir! Und ich — ich . . ."

Ihre Stimme versagte, solche Angst durchzitterte sie, weil sie fürchtete, es könnte zwischen Wolf und Branding ihretwegen noch zu Beleidigungen kommen, die nur ein Zweikampf zu sühnen vermochte. Sie preßte die Linke auf das flatternde Herz, holte ein paarmal tief Atem, dann klang wieder klar ihre Stimme durch den Raum:

„Was geschehen ist, bleibt ganz allein meine und meines Vetters Angelegenheit, niemand soll sich einmischen! Ich habe oft gewünscht und das auch ausgesprochen, man würde mir die Perlen gewaltsam nehmen müssen, weil ich sie freiwillig nicht hergeben dürfte. Heute ist nur geschehen, was ich wünschte."

„Silvia!" rief Wolf ganz leise aus.

Alles stand regungslos, wie gebannt, der alte Kammerherr und der Referendar aber sehen sich an und gleichzeitig formten ihre Lippen ein Wort: „Die Wette!"

Silvia aber hatte sich auf den leisen Anruf zu Wolf herumgewandt, legte ihre Hand auf seinen Arm, und ein mattes Lächeln glitt um ihre Lippen, als sie leise sagte:

„Wolf, ich vergebe — ich weiß ja, Sie haben es nur getan . . ."

„Ja, weil ich dich liebe, Silvia! Weil ich dich liebe!" rief er, alles und alle ringsum vergessend. Und schon lag sein Arm um ihre Schultern, er zog sie an sich, die wohl zuerst zurückwich, dann aber wie erschöpft und in holder Scham ihre Stirn an seine Brust lehnte.

Sogar Weltin wurde durch diese plötzliche Wendung überrascht, aber sie gefiel ihm. Das war doch mal eine originelle Liebeserklärung und Verlobung! Theding en, dessen finsteres Gesicht tief erblaßt war. Alice preßte die Lippen scharf aufeinander, zuckte dann die Achseln.

„Abgekartetes Spiel!" zischte sie ihrem Vater zu, der sich plötzlich darauf besann, daß er im Schlafrock war, und hastig die rote bequastete Schnur vorne fester zusammenzog. Der Referendar machte erst ein sehr dummes Gesicht, dann sagte er langsam:

„a, — da muß man ja eigentlich gratulieren!"

„Getroffen!" rief lachend Weltin. „Aber meine Herrschaften, das wollen wir uns für morgen aufsparen, wenn Sie alle einverstanden sind. Die Frau Baronin braucht jetzt vor allem Ruhe."

Die Damen lächelten zustimmend.

„Na, es ist spät," meinte der Kammerherr.

„Nein, früh", widersprach Weltin.

„Gehen wir!" sagte der Referendar.

„Noch nicht!" rief Weltin. „Meine Herrschaften, ehe wir das Zimmer verlassen, geloben wir einmütig unverbrüchliches Schweigen über alles, was heute nacht sich hier ereignet hat. Es darf kein Gerede darüber entstehen, darin sind Sie doch mit mir einig?"

Alle stimmten zu, wenn auch Branding bloß mit einer steifen Verbeugung und Alice nur widerwillig.

„Bravo!" rief Therese. „Aber vergessen werde ich diese Nacht nie!"

„Es war ein reizendes Intermezzo!" sagte Weltin, dann trat er auf Silvia zu, die mit gesenktem Blick neben Wolf stand, der ihre Hand fest in der seinen hielt.

„Gnädigste Frau, gestatten Sie, daß ich jetzt den Räuber Ihrer Perlen und Ihres Herzens verhafte und entführe? Auch er muß nach seinen Moritaten noch ein paar Stündchen schlafen — wenn er kann."

„Ja, Graf Weltin, bitte, entführen Sie den Missetäter," erwiderte Silvia aufblickend, und holde Röte überhauchte ihre Wangen, ein Lächeln teilte ihre Lippen, als sie Weltin rasch die Hand reichte, die er an die Lippen zog. „Danke, Graf Weltin!"

„Dafür, daß ich ihn entführe?"

„Auch dafür, denn er muß schlafen. Sicher hat er in dieser Nacht noch gar nicht geschlafen."

„Wie kann man, wenn man sein Glück sucht und findet?" sagte Wolf, ergriff Silvias Hände und ihr mit schelmischem Lächeln in die Augen blickend, küßte er sie.

„Wenn man Perlen raubt!" verbesserte Weltin.

„Gute Nacht, mein Lieb!" sagte Wolf, es sich versagend, sie auch auf den Mund zu küssen, weil so viele Augen auf ihnen ruhten.

„Nein, guten Morgen!" verbesserte Weltin, nahm des Freundes Arm und zog ihn mit sich fort.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Zwei Jahre waren seit der denkwürdigen Nacht, die Hilde Eggenbrechts Hochzeit voranging, verflossen, und wieder wurde ein Fest gefeiert. Diesmal nicht im alten Herrenhause von Holten, sondern im Schlosse von Altenwied. Und diesmal war es nicht eine Hochzeit, die gefeiert wurde, sondern eine Taufe, die Taufe eines ersten männlichen Erben, den der Himmel dem glücklichen jungen Paar auf Altenwied geschenkt hatte. Der jüngste Eggenbrecht erhielt bei der heiligen Handlung den alten Familiennamen Hans Joachim, und der lange Weltin wurde sein Pate.

Als Gäste waren viele nach Altenwied gekommen, die damals auch in Holten gewesen, darunter alle, die Zeuge der seltsamen nächtlichen Verlobung waren.

Weltin war mit seiner jungen Frau gekommen, der schönen Alice, in die er sich, wie er behauptete, in jener Nacht verliebt hatte, weil sogar die Papierwickel, die ihre Stirne umkränzt, ihre Schönheit nicht hatten mindern können. Auch Therese war da, noch in Trauer. Sie hatte, bald nachdem Wolf seine Silvia heimgeführt, wirklich Leo Branding geheiratet, doch dieser war vor Jahresfrist ein Opfer seiner Forschungen geworden. So hauste die lebenslustige Therese jetzt ganz allein auf Stolzen, denn auch die alte Frau von Branding hatte ihres Sohnes Heimgang nicht lange überlebt.

Nachdem alle Gäste Altenwied wieder verlassen hatten, war nur Therese noch zurückgeblieben, die immer lieber in Altenwied weilte als in dem einsamen Stolzen. Es war ein warmer Herbstabend und sie saßen noch gemeinsam auf der Terrasse am Park und genossen die angenehme Ruhe nach dem Trubel der Festlichkeit.

„Hört, meine Lieben", begann Therese das Gespräch, nachdem sie alle einige Zeit nachdenklich geschwiegen hatten, „der erste Junge ist nun da und euer Glück vollkommen. Wißt ihr, wem ihr es zu verdanken habt?"

Und ehe Wolf oder Silvia sich das überlegen konnten, beantwortete sie selbst ihre Frage:

„Mir! Denn — erinnern Sie sich, Wolf — ich war es, der Sie zuerst darauf aufmerksam gemacht, daß Silvia die einzig passende Frau für Sie sein würde, wie ich auch Silvia damals versicherte, daß sie unbedingt ihren Vetter Wolf heiraten müsse."

„Stimmt!" gab Wolf lächelnd zu. „Ihnen also, verehrte Frau Therese, oder vielmehr Ihrem Scharfblick verdanken wir unser Glück. Ihnen und — den Perlen!"

Silvia ließ ihre Hände kosend über die Perlenschnur gleiten, die sie, seit sie Wolfs Frau geworden, wieder immer an sich trug. Träumerisch schweifte ihr Blick in die Ferne, dann nickte auch sie zustimmend:

„Ja, gewiß, den Perlen auch . . .", sagte sie leise, und noch leiser flüste sie hinzu:

„Den Perlen und — der Liebe!"

— Ende. —

Weinet nicht an meinem Grabe
Gönnt mir doch die ew'ge Ruh'
Denkt, was ich gelitten habe
Eh' ich schloß die Augen zu.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern abend 10 Uhr, meinen lieben Gatten, unseren guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, den Herrn

Bernhard Tollkamp

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 59 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Castrop Röhlinghausen, Börnig, Sodingen und Godesberg, den 4. April 1922. 2137

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. April 1922 nachm. 4 Uhr vom Sterbehause Hernerstr. 38, aus statt.
Das Seelenamt wird noch bekannt gegeben.

Gewerbebank e. G. m. b. H. Castrop

Kaiser-Friedrichstraße (Mittelstandshaus).

Zweigniederlassung:
Habinghorst, Kronprinzenstraße 38 beim Kaufmann Wilh. Kaltenpoth.

Kassenstunden: 9—12 vormittags und 3—5 Uhr nachmittags. 8099

Ausführung aller bankmässigen Geshäfte.
Scheckverkehr, Gewährung von Krediten und Eröffnung laufender Rechnungen.
Verzinsung zu günst. Bedingungen nach Uebereinkunft.

B.
WELLNER
Metropol-Theater
Castrop, Kaiser Friedrichstraße 21.

Aelteste und hervorragendste — Lichtbildbühne am Platze — verbunden mit Cafe-Restaurant
Eigene elektr. Lichtzentrale. - Zentralheizung
Fernruf 144
Amt Castrop

Mittwoch	Donnerstag
5. 4.	6. 4.

Haschisch
oder: Das Paradies der Hölle
— 6 Akte. —

Ueber ein mächtiges Reich des Orients herrschen Scharkan, der Sultan und seine Gemahlin Amina, die ihrem Gatten das halbe Reich als Heiratsgut zugebracht hat . . .

Eva May
in
Die Amazone

Schauspiel in 5 Akten von Hans Gans.
Nach dem Roman von „Ruth Maroll" von Hans Herbert Ullrich.

Und die Gerechtigkeit siegt

5 Akte. Drama aus dem Leben. 5 Akte.

Aenderungen im Programm vorbehalten. 1946

Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt.

Für die musikalische Begleitung der Filme Herr Kapellmeister W. Mohr.

Küchen-Möbel

in nat. lack und gestrichen, schöne schwere Modelle

Ledersofas
Plüschsofas
in la. Verarbeitung
Bettstellen
mit Matratzen kauten Sie noch zu billigen Preisen im

Möbelhaus
R. BÄUML
Castrop, Viktoriastraße.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung. 2110

Blasenschwäche
beseitigt mit
glänzendem Erfolge
Täglich einlaufende Anerkennungen Auskunft 1260 frei.
Institut Naumer
Recklinghausen i/W. N. 273

Circus Kuhlen
Habinghorst Marktplatz

Reichhaltiges Pferde-Material.
Glänzende Dressuren.
Artisten aller Länder. 2105

Gala-Eröffnungs-Vorstellung

Mittwoch, den 5. April abends 8 Uhr

20 Circus-Sensationen.

Preise der Plätze inkl. Steuer: Stehplatz 7 Mk, 2 Platz 10 Mk.; 1. Platz 13 Mk., Sperrsitz 18 Mark, Numer. Sperrsitz 22 Mk, Loge 26 Mk. Vorverkauf in der Cigarrenhandlung Karl Dworak, Habinghorst Kronprinzenstr. 75

Krieger- und Landwehr -- Verein
Castrop.

Donnerstag, den 6. April, nachm. 3¼ Uhr, Antreten im Vereinslokal zur Beerdigung des Kameraden

Bernhard Tollkamp

Um rege Beteiligung bittet 2151
Der Vorstand.

Wasch-maschinen 599
eigene Fabrikation
tadellose Ausführung
billigste Preise
Ch. Hoings
(Firma: Fr. Geilmann
Castrop Hint. d. Post

Matratzen und Sophas
polstert mit bestem Material dauerhaft und billig auf Neue Polstersachen werden in eigner Werkstatt angefertigt. Aufhängen von Gardinen und Dekorationen.
Jakob Deden,
Polsterer und Dekorateur, Widumerstr. 50, Tel. 122. Viktoriastraße 69.

Gebr. Möbel Herde billig zu verkaufen.
Habinghorst,
2010 Josefstraße 18.

Ein Pferd
Fuchsponny mit Wagen u. Geschirr, daselbst auch ein
Milchschaf
mit Lamm fortzugshalber zu verkaufen. Holthausen, 2148 Bochumerstr. 264.

Tragende 2145
Saanenziege
wegen Futtermangel billig zu verkaufen. Hochstr. 77.

Drei Monate altes 2146
Schwein
billig zu verkaufen. Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Gebrauchter
Bücherschrank
zu kaufen gesucht. Offerten unter 2135 a. d. Zeitg. erb

Verrenkungen
Spez. Behandlung
Sprechstunden jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag. 2124
Haverkamp's Heilinstitut
Habinghorst
Bülowstraße 19.

Freunde erhalt. saubere
Schlafstellen
mit guten bürgerl. Mittagstisch. Kaiser-Friedrichstr. 4.

---

2 anständige junge Leute, streng solide, suchen
möbl. Zimmer
evtl. mit Kost. Gefl. Angebote unter 2125 an diese Zeitung erbeten.

---

2 ordentliche Leute erhalt.
Kost u. Logis
Nähe Zeche Graf Schwerin.
Zu erfragen in d. Geschst. d. Zeitung. 2133

Ordent. Junge
für landwirtschaftliche Arbeiten sofort gesucht. 2144
Landwirt Stegmann, Sodingen,
Giesenbergstraße 10.

Guter Schreiner
findet
Nebenbeschäftigung
b. stundenweiser Entlohnung
Näh. in der Geschäftsst. dieser Zeitung. 2141

Nehme noch 2136
Arbeit
entgegen. Leiste Garantie für elegante Arbeit u. guten Sitz. Frau Pieper, Damenschneiderin Amtstraße 17, I.

Bergmann sucht in den freien Stunden 2143
Beschäftigung
in landwirtschaftl. Arbeiten.
Karl Schwabedissen, Münsterstraße 75.

Fleißiges 2140
Mädchen
gesucht
Frau Langelüttich, Ringstraße 11

Tages-mädchen
sofort gesucht. 2142
Rauxel, Maslingstraße 6.

Zum 15. April sauberes, ordentliches
Mädchen
nicht unter 18—20 Jahren, welches alle Hausarbeit versteht gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle d. Zeitung

---

Zuverlässiges, tüchtiges
Küchenmädchen
welches die gute bürgerliche Küche kocht und ein saub. flinkes 2138
Zweitmädchen
nicht unter 18 Jahre alt in bess. Einfamilienhaus geg. hohen Lohn zum 15. April gesucht. Bochum, Graf-Engelbertstraße 21.

L. GRONAU, Elektro-Installateurmeister
Castrop, Münsterstraße 15.

I. Spezialgeschäft für elektr. Licht- und Kraftanlagen. Große Vorräte am Lager. Offert kostenlos. 198

Platin, Gold, Silber, Juwelen
kauft 8396
Rupert Schmudde, Juwelier,
Castrop, Wittenerstraße 3 am Markt.

Für mein Lebensmittelgeschäft eine tücht. jüngere 2144
Verkäuferin
(außer dem Hause) und ein
Lehrmädchen
aus achtbarer Familie gesucht.
Wilhelm Kaltenpoth, Habinghorst.

Krätze
entsetzl. Betthautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne jede Berufsstörung. Millionenfach bewährt. Geben Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht haben! Offene Füße, alte unheilbare Wunden, behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dank-sagungen beweisen 231
Frau Renkewitz, Homöopathie,
Hene, Gabelsbergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

Alle Arten Damen-Hüte
werden nach modernsten Formen
umgenäht
Geschw. Mohr
Fassonier-Anstalt in Damen- und Herren-Hüten
Ickern, Dorfstraße 9,
Eine Straßenbahnfahrt wird vergütet. 1730

Alles schüttelt den Kopf
wenn Sie Ihre **defekten Maschinen** fortgeben, oder sich neue kaufen, denn gut und preiswert **repariert** dieselben
Joseph Reidt & Söhne mechanische Werkstätten und Ankerwickelei,
Castrop-Schwerin.
Auch Lieferung von Ersatzteilen nach Zeichnung oder Muster. 642

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**
beseitigen Sie in ½ Stunde mit **Eckolda** 100000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg nur v. Fachm. hergest.) werden Sie staunen. **Verlangen Sie nur Eckolda** Fabr. Eckolda-Werke, Essen. Zu haben in
28) bei Frih Pfaff Castrop, Münsterstraße 22.



Hühneraugen
werden Sie sicher los durch Hühneraugen-Lebewohl **Hornhaut an der Fußsohle** beseitigt Lebewohl-Ballen-Scheiben. Kein Verrutschen kein Festkleben am Strumpf. Blechdose 4.— u. 6.— Mk. 798
Drogerie H. Köster, Witterstr. 26, Drogerie Fr. Schmitz, Rauxel, Bahnhofstr. Glückauf-Drog. A. Rohrer, Ickern.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 7. ds. Mts., nachmittags ½5 Uhr, findet in der Gemeindewirtschaft eine öffentl. Sitzung der Gemeindevertretung von Habinghorst statt.

Tagesordnung:
1. Genehmigung des Entwurfs für den Bau einer 12klassigen Volksschule an der verlängerten Römerstraße.
2. Genehmigung der Entwürfe für den Bau von 6 Lehrermietwohnungen.
3. Einbürgerung des russisch-polnischen Staatsangehörigen Jabs.
4. Ev. Verschiedenes.

Habinghorst, den 3. April 1922.

Der Gemeindevorsteher:
271 Regulski

Kredit erhält Jeder!

Auf Teilzahlung

Herren- und Burschen-Anzüge 328
Schlüpfer, Covercoats und Regenmäntel
Cutaways und gestr. Hosen, Knaben-Anzüge
Damen-Mäntel, Costüme und Kleider
Costümröcke, Costümstoffe, Kleiderstoffe
:-: :-: und alle Manufakturwaren :-: :-:
Max Mischkowski, Dortmund
Ausgang Nordseite **Steinstrasse 60** Hauptbahnhof

Bequeme Abzahlung

Kredit erhält Jeder!